



SPD-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



CDU-Fraktion im  
Rat  
der Stadt  
Wuppertal



Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN im Rat  
der Stadt Wuppertal



FDP-Fraktion im Rat  
der Stadt Wuppertal



Fraktion DIE  
LINKE. im Rat der  
Stadt Wuppertal



Stadtverordnete  
Rajaa Rafrafi

An den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal  
Herrn Prof. Dr. Uwe Schneidewind  
den Vorsitzenden des Integrationsausschusses  
Herrn Stv. Lukas Twardowski und  
den Vorsitzenden des Ausschusses für Umwelt  
Herrn Ulrich-Timmo Christenn  
Rathaus  
Johannes-Rau-Platz 1  
42275 Wuppertal

Datum 30.11.2022

**Drucks. Nr.** VO/1511/22  
öffentlich

### Gemeinsamer Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
<b>07.12.2022</b>	<b>Ausschuss für Umwelt</b>
<b>08.12.2022</b>	<b>Integrationsausschuss</b>
<b>15.12.2022</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>19.12.2022</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

### **Bestattungen Menschen muslimischen Glaubens Antrag der Fraktionen der SPD, der CDU, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP, DIE LINKE und der Stv. Rafrafi vom 30.11.2022**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Ausschussvorsitzende,

die Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE und die  
Stv. Rafrafi beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich die Voraussetzungen zu schaffen, dass  
Wuppertalerinnen und Wuppertaler muslimischen Glaubens ab sofort in unserer  
gemeinsamen Heimatstadt Wuppertal entsprechend ihrer Beisetzungsvoraussetzungen  
bestattet werden können.

Neben einer Ad-hoc-Lösung wird eine weitergehende mittel- und langfristige Lösung  
erwartet.

Über das erzielte Ergebnis ist spätestens bis zur nächsten Sitzung des  
Integrationsausschusses zu berichten.

#### Begründung:

Verstorbene Wuppertalerinnen und Wuppertaler können aktuell nicht in unserer  
gemeinsamen Heimatstadt gemäß ihres Bekenntnisses bestattet werden, wenn sie  
muslimischen Glaubens sind. Obwohl sie hier geboren und seit 1960 ihr gesamtes Leben  
hier verbringen, finden sie hier nicht ihre letzte Ruhestätte, sondern müssen in anderen  
Städten wie zum Beispiel Essen, Remscheid, Solingen oder im ursprünglichen  
Herkunftsland ihrer Eltern beigesetzt werden. Dieser Zustand ist aus integrationspolitischer  
Sicht weder hinnehmbar noch erklärbar.

Die Beschwerden von Familienangehörigen verstorbener Menschen, die ihre Kleinkinder, Eltern, Geschwister und Freunde nicht im Stadtgebiet begraben und in der Folge besuchen können, reißt nicht ab. Wuppertal ist vielfältig und die Heimatstadt aller Bürgerinnen und Bürger. Die faktische Ausweisung nach dem Tod muss unverzüglich beendet werden. Alle tangierten Verwaltungseinheiten werden aufgefordert, mit Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit eine unverzügliche Lösung zu erarbeiten.

Die Errichtung des muslimischen Friedhofes in unmittelbare Nachbarschaft zu den christlichen und jüdischen Friedhöfen am Standort Krummacher Straße, und damit auch Bestattungsmöglichkeiten für Menschen muslimischen Glaubens, befindet sich weiterhin in der Planungsphase durch den zivilgesellschaftlichen Verein muslimische Friedhöfe Wuppertal. Dieses Engagement wird ausdrücklich begrüßt und ist auch in Zukunft ungebrochen zu unterstützen. Ein konkretes Datum für eine Fertigstellung ist jedoch nicht in Sicht. Von der Fachverwaltung werden aufgrund von geologischen Herausforderungen Maßnahmen und Vorkehrungen erwartet, deren Umsetzung mit großer Wahrscheinlichkeit noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Und selbst wenn dieses Projekt eine andere Ausgangslage hätte und bereits heute in Betrieb wäre, macht die dort vorhandene Kapazität und die mit der Realisierung von Planungsbeginn bis heute verstrichene Zeit deutlich, dass mit der Planung und Ausweisung neuer Flächen begonnen werden muss. Diese Verantwortung darf von der Stadt nicht auf private Vereine und ehrenamtliche Kräfte abgewälzt werden.

Ferner sind die Bemühungen des Christlichen Friedhofsverbandes Wuppertal, Gräberfelder für Verstorbene muslimischen Glaubens einzurichten, nicht vorangekommen und daher eine passende Lösung auch hier nicht absehbar.

Die Erweiterung des Städtischen Friedhofes Ronsdorf oder die Übernahme von nicht genutzten Flächen des Christlichen Friedhofsverbands als auch die Ausweisung einer neuen städtischen Fläche können denkbare Lösungen der vorgenannten Missstände darstellen.

gez.

Klaus Jürgen Reese  
Fraktionsvorsitzender

Nilay Dogan  
Sprecherin der SPD-Fraktion  
im Integrationsausschuss

Arif Izigi  
Stadtverordneter

Caroline Lünenschloss  
Fraktionsvorsitzende

Ludger Kineke  
Fraktionsvorsitzender

Thomas Hahnel  
Stadtverordneter

Martina Sailer  
Stadtverordnete

Denise Frings  
Fraktionsvorsitzende

Cornelia Krieger  
Stadtverordnete

Anne Dierenfeldt  
Stadtverordnete

Alexander Schmidt  
Fraktionsvorsitzender

Christoph Schirmer  
Stadtverordneter

Gerd-Peter Zielezinski  
Fraktionsvorsitzender

Rajaa Rafrafi  
Stadtverordnete